

Das Ende der iranischen Illusionen

VON JOSEF JOFFE

Wer halbherzige Politik zwischen den Fronten betreibt, begibt sich in zweierlei Absturzgefahr: weil er sich heillos in den kunstvoll ausgelegten Fäden verheddert oder weil eine der Parteien heftig an den Schnüren zerrt. Just dieses Schicksal hat nun Klaus Kinkel mit seinem 'kritischen Iran-Dialog' erlitten. Der antideutsche Druck, der seit dem Wochenende in Teheran aufgebaut wird, fordert die Bonner Lavierer brutal zum Bekenntnis auf: 'Seid ihr für oder gegen uns?'

Derweil die iranische Presse ihre Offensive gegen die Bundesrepublik entfachte, marschierten 2000 Demonstranten ganz 'spontan' vor der deutschen Botschaft auf, um 'Nieder mit dem deutschen faschistischen Regime' zu brüllen. Daß sie nur mit Eiern und Tomaten warfen, kann nicht den erpresserischen Kern des Signals kaschieren. Mit Demonstrationen begann es auch vor fast genau 17 Jahren vor der US-Botschaft in der Innenstadt; hernach kamen Besetzung und Geiselnahme der amerikanischen Diplomaten, die 14 Monate lang währen sollten.

Der versuchten Erpressung zweiter Teil ist die Drohung mit der Veröffentlichung von Dokumenten, die angeblich die Komplizenschaft der Deutschen im Gaskrieg des Saddam Hussein gegen die Kurden im Jahr 1987 beweisen. Überdies hätten sie die Iraker im Golfkrieg mit C-Waffen- und Raketentechnik munitioniert. Und wozu das alles? Weil die Bundesanwaltschaft den khomeinistischen Staat im Berliner 'Mykonos-Prozeß' klipp und klar bezichtigt hat, die Morde gegen vier kurdisch-iranische Oppositionelle inszeniert zu haben. Dieses 'politische Theater', schrieben 200 Abgeordnete (80 Prozent des Madschlis) an ihren Parlamentspräsidenten, sei eine 'Beleidigung der islamischen Regierung', weshalb sie eine 'Revision der Beziehungen zu Deutschland', sprich: den diplomatischen Bruch, forderten.

Klaus Kinkel, aber auch das Kanzleramt in der Gestalt des Geheimdienst-Koordinators Bernd Schmidbauer, sind nicht zu beneiden. Sie haben ja alle den 'kritischen Dialog' mit dem alten Klischee gepredigt, wonach Einfluß die Einbindung heische - daß die Deutschen den 'Draht nach Teheran' nie von sich aus kappen dürften. Sie haben geglaubt, die Drähte ziehen zu können; nun sind sie die Gezogenen. Was tun?

Eines auf keinen Fall: den Druck aus Teheran mit regierungsamtlicher Verstärkung an Anwaltschaft und Gericht weiterleiten. Einmal, weil es nicht funktionieren wird; denn die Justiz, eine Säule der Gewaltenteilung, ist inzwischen selbstbewußt genug, um sich nicht vor den Karren irgendeiner Realpolitik spannen zu lassen. Zum zweiten wäre solche Aushebelung des Rechtsstaates ein viel größeres Desaster als der Abbruch der

diplomatischen Beziehungen. Es wäre nachgerade eine Verfassungskrise, die dieser Regierung, diesem Staat zur Schande gereichen würde.

Was bleibt? Kinkel müßte dem Revolutionsregime ebenso nüchtern wie nachhaltig bedeuten, was für Teheran auf dem Spiel steht: erstens die Bürgschaften, die noch den arg geschrumpften Handel (weniger als ein Viertel des früheren Umfangs) finanzieren; zweitens der Verlust des letzten Partners von Gewicht, der im Westen eine iranfreundliche Politik hochhält. Überdies müßte Teheran erfahren, daß zur Erpressung zwei gehören: einer der es versucht, und einer, der es erlaubt. Wenn das Regime die Druckkulisse weiter aufbaut, muß Bonn das Logische tun und seine Bürger und Diplomaten abziehen, dergestalt signalisierend, daß man potentielle Geiseln nicht im Lande belassen werde.

Und die Veröffentlichung belastender C-Waffen-Dokumente? Da befindet sich Bonn in der traurigen, aber wenn man so will 'beruhigenden' Situation, daß es an der Reputation der Deutschen nicht mehr viel zu kratzen gibt. Daß deutsche Firmen in den achtziger Jahren C-Waffen- und Raketentechnik rund um die Welt verschert haben, ist eine leider allzu vertraute Tatsache. Tröstlich ist indes, daß die deutschen Behörden seitdem aufgewacht sind und recht erfolgreich bei der Verfolgung der 'Händler des Todes' sind.

Zum Schluß stellt sich ein grundsätzliches Problem. Der SPD-Abgeordnete Freimut Duve hat es so formuliert: Wenn Iran als Mitglied der Völkergemeinschaft anerkannt werden will, 'darf er nicht außerhalb seiner Grenzen Menschen umbringen lassen'. So ist es. Der gesamte Westen würde Iran mit offenen Armen empfangen, wenn dieses Land wieder eine verantwortungsbewußte Politik betreiben würde, die seiner Größe und seiner strategischen Position entspricht. Der Westen (mit Ausnahme der USA) ist auch recht geduldig gewesen. 17 Jahre lang hat er die Türen offengehalten, 17 Jahre lang hat er auf die 'Moderaten' gesetzt, denen es zu helfen galt. Und dennoch hat die realpolitische Vernunft nicht die revolutionäre Selbstgerechtigkeit (und den Terror) verdrängen können.

Und deshalb muß Bonn die Frage 'Seid ihr für oder gegen uns?' so beantworten: 'Wir wollen die Freundschaft mit einem großen Volk, aber wir können weder Erpressung noch Terror tolerieren. Wir wollen, daß Iran zurückkehrt in die Gemeinschaft der verantwortungsbewußten Nationen, aber wir werden uns nicht mehr gegen unsere westlichen Partner ausspielen lassen. Wir können manches verstehen, aber nicht mehr alles entschuldigen.' Das wäre ein 'kritischer Dialog', wie man ihn sich wünscht: mit Respekt vor dem anderen, aber auch vor sich selbst.